

Meinungsdaten im Vorfeld der Europawahl 1989

1. Allgemeine Einstellungen zu Europa und zur Europäischen Gemeinschaft im Trend
2. Politische Aufgaben zwischen deutschen und europäischen Gemeinschaftslösungen
3. Die europäischen Institutionen im Vorfeld der Europawahl
4. Politiker, Parteien und die Europäische Gemeinschaft

Die folgende Datendokumentation und Kurzanalyse des politischen Grundklimas im Vorfeld der Europawahl 1989 basiert auf einer bundesweiten Bevölkerungsumfrage, die das Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung im November/Dezember 1988 auf breiter repräsentativer Basis durchgeführt hat. Befragt wurden ca. 5 000 wahlberechtigte Personen. Die Feldarbeit lag beim GFM-GETAS-Institut, Hamburg. Nachfolgend werden im Hinblick auf die bevorstehende Europawahl am 18. Juni 1989 einige wesentliche Ergebnisse knapp berichtet und, soweit möglich, im Trend dargestellt. Alle Ergebnisse wurden politisch gewichtet (Recall-Gewichtung).

1. Allgemeine Einstellungen zu Europa und zur Europäischen Gemeinschaft im Trend

Die Einstellungen zur Europäischen Gemeinschaft sind stets vielschichtig und ambivalent gewesen. Sie scheinen sich darüber hinaus in jüngerer Zeit auch grundsätzlicher gewandelt zu haben.

Zunächst wird man konstatieren müssen, daß das eher ideelle Europa-Engagement früherer Jahre nachgelassen hat. Das Europa-Bewußtsein der Bundesbürger, ihre Identifikation mit Europa, ist seit dem Ende der 70er Jahre rückläufig. Fühlte sich damals noch die Hälfte der Bundesbürger stark „als Europäer“ angesprochen, waren es im November/Dezember 1988 nur noch 37 Prozent (Tabelle 1).

Auch das Interesse der Deutschen an europapolitischen Fragen ist nach wie vor nicht stark ausgeprägt. Rund 40 Prozent der Bundesbürger interessieren sich immerhin „etwas“ für das politische Geschehen in Europa, 22 Prozent bekunden sogar starkes oder sehr starkes Interesse, „kein Interesse“ 38 Prozent. Das Interesse an europäischen Fragen differiert allerdings, z. T. beträchtlich in den unterschiedlichen Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen, wie Tabelle 2 zeigt.

Gleichwohl schiene es uns verfehlt, die rückläufige Europa-Begeisterung als eine generelle anti-europäische, gegen die EG gerichtete Einstellung zu interpretieren. **Vielmehr ist der ältere, ideelle Europa-Enthusiasmus in den letzten Jahren fortschreitend von einer pragmatisch-problemorientierten Positiveinschätzung der Europäischen Gemeinschaft und des Integrationsprozesses abgelöst worden.** Dabei wirkte sicher die sich in den letzten Jahren stabilisierende Ausprägung eines eigenen deutschen Selbstbewußtseins mit (Tabelle 3). Dies dürfte die frühere Europa-Identifikation der Deutschen teilweise kompensiert und zu einer funktionalistischeren Sicht der europäischen Gemeinschaftsbildung geführt haben.

In der **Beurteilung von Fortschritten oder Rückschlägen** bei der europäischen Einigung seit der letzten Europawahl deutet sich eine Trendumkehr in positiver Richtung an (Tabelle 4).

Tabelle 1

	Europäisches Bewußtsein		
	Es fühlen sich als Europäer...		
	wenig angesprochen in Prozent	etwas angesprochen in Prozent	stark angesprochen in Prozent
Juli 1976	30	19	48
Oktober 1983	36	23	40
November 1988	39	24	37

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 7614, 8307, 8804

Tabelle 2

Interesse an den europäischen Nachbarländern

Für das politische Geschehen in Europa (für Fragen der Europapolitik) interessieren sich...

	sehr stark	stark	etwas	kaum	überhaupt nicht
	11/1988 in Prozent	11/1988 in Prozent	11/1988 in Prozent	11/1988 in Prozent	11/1988 in Prozent
Insgesamt	4	18	40	23	15
Männer	5	24	41	20	10
Frauen	3	12	40	25	20
18 bis 24 Jahre	2	15	40	29	15
25 bis 29 Jahre	4	20	40	25	11
30 bis 44 Jahre	3	18	43	24	12
45 bis 59 Jahre	6	19	41	20	15
60 Jahre und älter	4	17	37	21	21
Hauptschule	2	12	26	26	22
Mittlere Reife	4	20	22	22	11
Abitur und höher	9	33	14	14	3
Arbeiter	2	13	37	29	20
Angestellte	5	18	43	22	13
Beamte	8	32	42	13	5
Selbständige	9	24	48	15	10
CDU/CSU-Anhänger	4	20	40	24	12
SPD-Anhänger	3	17	43	23	13
FDP-Anhänger	6	26	43	19	7
Anhänger der Grünen	6	22	42	20	10

Tabelle 3

Vaterlandsstolz					
	„Wie stolz sind Sie darauf, Deutsche(r) zu sein. Würden Sie sagen“:				
	März 1981 in Prozent	Oktober 1985 in Prozent	März/April 1986 in Prozent	Oktober 1986 in Prozent	November 1988 in Prozent
sehr stolz/ ziemlich stolz	67	74	72	74	70
nicht sehr stolz/ überhaupt nicht stolz	33	26	28	26	30

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, 8163 NE, März 1981; 8510 XO, Oktober 1985; 8601 XO, März/April 1986; 8603 XO, Oktober 1986; 8804 XO, November 1988

Tabelle 4

Veränderungen bei der europäischen Einigung seit der letzten Europawahl									
	Seit der letzten Europawahl sehen ...								
	Fortschritte			Rückschläge			keine Veränderung		
	3/ 1984 in %	2/ 1988 in %	11/ 1988 in %	3/ 1984 in %	2/ 1988 in %	11/ 1988 in %	3/ 1984 in %	2/ 1988 in %	11/ 1988 in %
Insgesamt	21	18	33	35	24	14	41	57	51
CDU/CSU-Anhänger	25	20	40	33	19	10	39	59	48
SPD-Anhänger	20	18	32	35	29	14	42	53	52
FDP-Anhänger	17	24	37	42	28	14	39	48	48
Anhänger der Grünen	22	14	36	42	17	17	35	69	45

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8401, 8801, 8804

Tabelle 5

Bedeutung der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft									
	Die Mitgliedschaft in der EG bringt der Bundesrepublik Deutschland ...								
	eher Vorteile			teils Vorteile/ teils Nachteile			eher Nachteile		
	10/ 1983 in %	2/ 1988 in %	11/ 1988 in %	10/ 1983 in %	2/ 1988 in %	11/ 1988 in %	10/ 1983 in %	2/ 1988 in %	11/ 1988 in %
Insgesamt	27	21	24	46	43	50	23	36	24
CDU/CSU-Anhänger	27	22	32	47	46	46	22	32	21
SPD-Anhänger	26	22	22	45	40	51	25	38	25
FDP-Anhänger	27	17	25	43	50	53	23	33	21
Anhänger der Grünen	34	26	23	42	46	52	21	28	23

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8307, 8801, 8804

Insbesondere scheint die deutsche Präsidentschaft unter Bundeskanzler Kohl in der ersten Jahreshälfte mit dem erfolgreichen Hannover-Gipfel vom Juni 1988 zu einer deutlichen Wahrnehmung von Fortschritten in der EG geführt zu haben (von 18 auf 33 Prozent), während die Negativeinschätzungen von 24 auf 14 Prozent zurückgingen. Bei einer knappen Mehrheit der Bevölkerung (51 Prozent) herrscht allerdings, wenn auch mit rückläufiger Tendenz gegenüber Anfang 1988, das Gefühl der Stagnation vor.

Deutlich **positiver** hat sich im Verlauf des letzten Jahres auch die **Einschätzung der Vorteile der Mitgliedschaft in der EG** entwickelt (Tabelle 5). Im Frühjahr 1988 hatte sich bei über einem Drittel der Bürger Unmut über die Nachteile der EG-Mitgliedschaft aufgestaut. Zum Jahresende war ihr Anteil auf 24 Prozent gesunken. Statt dessen scheint eine differenzierende und abwägende Einschätzung Platz zu greifen: „Teils Vorteile/teils Nachteile“ konstatiert Ende 1988 die Hälfte aller Bürger (am Jahresbeginn waren es nur 43 Prozent). Für ein weiteres Viertel der Bevölkerung überwiegen darüber hinaus bereits heute die Vorteile der EG-Mitgliedschaft der Bundesrepublik.

Nicht zuletzt wird die Frage nach einer **möglichen Auflösung der Europäischen Gemeinschaft ganz eindeutig beantwortet: Nur 9 Prozent aller Bundesbürger würden dies wünschen**. Ein weiteres Drittel plädiert für die Beibehaltung des gegenwärtigen Entwicklungsstandes, rund 60 Prozent sind dagegen für die Weiterführung des Integrationsprozesses (vgl. unten Tabelle „Zukünftige Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft“).

Offenbar ist die EG im Laufe der Jahre für 9 von 10 Bürgern zu einer Selbstverständlichkeit geworden, deren Entwicklungsstand zumindest nicht zurückgeschraubt werden soll, die mithin alles in allem weithin bejaht wird.

2. Politische Aufgaben zwischen deutschen und europäischen Gemeinschaftslösungen

Für die sich andeutende pragmatisch-problemorientierte und mithin nüchtern-differenzierende Sicht der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Integration sprechen auch die Einschätzungen der politischen Probleme und ihre Lösungsmöglichkeiten national und europaweit.

Für die Wichtigkeit politischer Aufgaben, die auf nationaler Ebene gelöst werden sollten, ergibt sich — über Zeit weitgehend konstant — folgende Rangfolge (Tabelle 6):

- Friedenssicherung (84 Prozent),
- Arbeitsplatzsicherung (79 Prozent),
- für den Umweltschutz sorgen (76 Prozent),
- die Renten sichern (67 Prozent),
- stabile Wirtschaftslage sichern (57 Prozent),
- Bürger wirksam vor Verbrechen schützen (56 Prozent),

Tabelle 6

Nationale oder europäische Lösung politischer Probleme				
	Wichtigkeit in Prozent	besser für uns allein in Prozent	zusammen mit anderen in Prozent	weiß nicht in Prozent
den Frieden sichern	84	12	85	3
die Arbeitsplätze sichern	79	53	41	6
für den Umweltschutz sorgen	76	15	82	3
die Renten sichern	67	72	21	7
eine stabile Wirtschaftslage sichern	57	36	58	6
die Bürger wirksamer vor Verbrechen schützen	56	29	63	7
die Preise stabil halten	53	48	47	6
mehr für die Gesunderhaltung der Menschen tun	50	35	55	10
die Sozialleistungen verbessern	42	65	26	9
die Entspannungspolitik mit der Sowjetunion verstärken	39	17	73	10
mehr für die berufliche Gleichstellung der Frau tun	36	40	46	14
das Bündnis mit den USA stärken	18	16	68	16

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8804

- die Preise stabil halten (53 Prozent),
- mehr für die Gesunderhaltung der Menschen tun (50 Prozent).

Demgegenüber weist die Rangliste jener politischen Aufgaben, die besser im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft gelöst werden sollten bzw. müßten, bemerkenswerte Unterschiede auf, die ein beträchtliches Maß an ebenso pragmatischer wie sachkundiger **Differenzierung** reflektieren. Unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Wichtigkeit ergibt sich folgender **europabezogener Aufgabenkatalog**:

1. Sicherung des Friedens (85 Prozent),
2. Umweltschutz (82 Prozent),
3. Verbrechenbekämpfung (63 Prozent),
4. wirtschaftliche Stabilität (58 Prozent).

Der Vergleich zeigt, daß die Bevölkerung sich in den wesentlichen Fragen der **Außen- und Sicherheitspolitik**, im besonderen der Friedens- und Freiheitssicherung (die ein vorrangiges Wahlmotiv ist, wie unten gezeigt wird), des **Umweltschutzes**, der **Wirtschaftspolitik** und der **inneren Sicherheit** der Notwendigkeit **gemeinschaftlicher europäischer Lösungen** bewußt ist. Daneben werden in plausibler Wahrnehmung vielfältiger ökonomischer und sozialer Probleme in anderen Staaten Westeuropas für die Bundesrepublik nationale Problemlösungen auf den Feldern der Arbeitsplatzsicherung, der Rentensicherung und der Preisstabilität (einer „heiligen Kuh“ der Bundesbürger) bevorzugt.

3. Die europäischen Institutionen im Vorfeld der Europawahl

Die zunehmende Verlagerung von politischen Aufgaben auf die europäische Ebene erfordert auch eine Übertragung von Kompetenzen mit den entsprechenden institutionellen Konsequenzen. Die Deutschen stehen dieser Forderung relativ offen gegenüber.

Fast 60 Prozent der Bevölkerung sind für einen weiteren Ausbau der europäischen Institutionen. Die meisten davon (40 Prozent) ziehen eine europäische Regierung mit dezentraler (föderaler) Komponente und beschränkten Kompetenzen einer allumfassenden supra-nationalen Exekutive (18 Prozent) vor. Die Beibehaltung der EG in ihrer derzeitigen Organisationsform halten nur 32 Prozent der Bevölkerung für genügend (Tabelle 7).

Das Europäische Parlament gewinnt in diesem Stimmungsfeld langsam einen etablierten Platz. An seinem Bekanntheitsgrad hat sich über die letzten fünf

Tabelle 7

Zukünftige Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft				
	Für die beste Möglichkeit wird gehalten...			
	Europäische Regierung mit umfassender Kompetenz in Prozent	beschränkter Kompetenz in Prozent	Status quo in Prozent	EG auflösen in Prozent
Insgesamt	18	40	32	9
CDU/CSU-Anhänger	17	43	35	6
SPD-Anhänger	19	41	32	7
FDP-Anhänger	16	49	26	9
Anhänger der Grünen	28	39	21	11

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8804

Tabelle 8

Beurteilung der Arbeit des Europäischen Parlaments			
	Die Arbeit des Europäischen Parlaments halten für...		
	gut in Prozent	nicht gut in Prozent	kann nicht beurteilen/weiß nicht in Prozent
Insgesamt	38	18	54
Fortschritte	51	12	38
Rückschläge	12	39	50
keine Veränderung	17	16	67

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8804

Jahre wenig geändert. 87 Prozent haben schon mal von ihm gehört. Der Anteil derjenigen, die die Arbeit des Parlamentes **nicht** beurteilen können oder möchten, ist mit 54 Prozent jedoch nach wie vor sehr hoch (Tabelle 8).

Allerdings schneidet die Arbeit der Parlamentarier zunehmend besser ab. Im Frühjahr 1984 waren nur 19 Prozent der Ansicht, daß das Parlament gute Arbeit leistet. Im Herbst 1988 meinten das immerhin fast 28 Prozent. Negative Zensuren bekam es nur noch von einem knappen Fünftel der Befragten, während in den Vorjahren ein Drittel bis ein Viertel sich diesem Urteil anschlossen. Insbesondere diejenigen, die Fortschritte in der europäischen Einigung sehen, beurteilen auch die Arbeit des Parlamentes besser, wobei ihm Rückschritte nur bedingt angelastet werden.

Gleichwohl macht sich eine mangelhafte Kompetenzausstattung des Parlaments, insbesondere im Hinblick auf die kommende Europawahl, bemerkbar.

Die Wahl selbst hat traditionell im Vergleich zu Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen einen geringeren Stellenwert (60 Prozent wichtig oder sehr wichtig; Bundestagswahl: 96 Prozent; Landtagswahl: 84 Prozent; Kommunalwahl: 84 Prozent).

Ende 1988 wußte nur jeder zweite Bundesbürger, daß im Sommer 1989 die nächste Europawahl stattfinden wird. Beides, relativ niedrig eingeschätzter Stellenwert und niedriger Informationsstand, mündet in eine zur Zeit noch zurückhaltende Wahlbereitschaft. Immerhin erklären sich bereits ein halbes Jahr vor der Wahl rund 45 Prozent „fest entschlossen“, weitere 36 Prozent „wahrscheinlich“ bereit, zur Wahl zu gehen.

Unter den **Wahlunwilligen** ist der am häufigsten genannte Grund, nicht an der Wahl teilzunehmen, die geringe Kompetenz des Europäischen Parlamentes: 43 Prozent messen der Europawahl keine Bedeutung bei, weil das Parlament ihrer Meinung nach zu wenig Erfolge aufweisen kann. 27 Prozent beklagen seinen geringen Einfluß. Generelle Unzufriedenheit mit der Bundespolitik und Wahlverdruß oder Protest gegen die Europapolitik wollen mit ihrer Wahlenthaltung dagegen nur 16 Prozent bzw. 11 Prozent der erklärten Nichtwähler dokumentieren (Tabelle 9).

Die **Bereitschaft, an der Europawahl teilzunehmen**, scheint ausgeprägt von der Einschätzung der realen bzw. wahrgenommenen Vorzüge der Gemeinschaft, den konkreten Fortschritten im Integrationsprozeß und der damit verbundenen Fähigkeiten, die vorrangigen Probleme lösen zu können, bestimmt zu werden. Dabei spielt bereits die Sicherung dessen, was in der Europäischen Gemeinschaft bisher erreicht wurde, offenbar eine beträchtliche Rolle. Vorrangige Wahlmotive sind darüber hinaus die Sicherung von „Freiheit und Demokratie“ sowie das Bestreben, die Rolle Europas in der Welt zu stärken (Tabelle 10).

Tabelle 9

Gründe für eine Wahlenthaltung bei der Europawahl	in Prozent
Die Europawahl hat für mich keine Bedeutung, denn im Europäischen Parlament wird zwar viel geredet, aber zu wenig erreicht.	43
Es ist gleichgültig, ob man bei der Europawahl wählt oder nicht, das Europäische Parlament hat viel zu wenig Einfluß.	27
Für die Bundesrepublik Deutschland haben sich aus der Europäischen Gemeinschaft überwiegend nur Nachteile ergeben.	24
Es hat eigentlich keinen Sinn, sich viele Gedanken darüber zu machen, wen man bei der Europawahl wählen soll. Man weiß doch gar nicht, wer in den anderen Ländern gewählt wird und wie sich das Europäische Parlament hinterher zusammensetzt.	24
Die europäische Politik ist so kompliziert, daß man als Wähler kaum noch entscheiden kann, wen man wählen soll.	22
Durch das, was in den letzten Jahren in der Politik passiert ist, habe ich jegliches Interesse an Wahlen verloren; das gilt auch für die Europawahl.	16
Es ist besser, man geht nicht zur Wahl, um den Politikern zu zeigen, daß es in Europa so nicht weitergehen kann.	11
Andere Gründe	4
Weiß nicht	13
Keine Angabe	14

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8804

Gründe für Wahlteilnahme bei der Europawahl

	Wahlwillige insgesamt in Prozent	CDU/CSU-Anhänger in Prozent	SPD-Anhänger in Prozent
Wir brauchen ein starkes Europäisches Parlament, damit Freiheit und Demokratie in Europa gesichert werden können.	36	37	34
Die europäischen Länder können nur durch eine gemeinsame starke Europapolitik eine bedeutende Rolle in der Weltpolitik spielen.	34	34	33
Eine wirkliche Einigung Europas kann es nur geben, wenn möglichst alle Bürger der europäischen Staaten durch ihre Wahlteilnahme daran mitwirken.	32	30	32
Das, was in der Europapolitik bisher erreicht worden ist, muß gesichert und fortgesetzt werden.	29	34	28
Viele drängende Probleme der Bundesrepublik Deutschland können nur im europäischen Rahmen gelöst werden.	28	28	30
Die deutsche Politik muß in Europa ein starkes Gewicht haben.	24	29	25
Die Partei, der ich nahestehe, soll auch im Europäischen Parlament stark vertreten sein.	24	22	28
Die Teilnahme an der Europawahl sollte eine Bürgerpflicht sein, wie bei allen anderen Wahlen auch.	18	20	19
Für mich ist die Europawahl eine Möglichkeit, um der Bonner Regierung zu zeigen, daß ich mit ihrer Politik nicht einverstanden bin.	12	8	16
Für mich ist die Europawahl eine Möglichkeit, um der Bonner Regierung zu zeigen, daß ich ihre Politik für richtig halte.	7	13	6
Andere Gründe	1	0	1
Weiß nicht	5	5	5
Keine Angabe	3	2	2

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8804

Tabelle 11

Partei mit dem stärksten Einsatz für Europa		
	1984 in Prozent	1988 in Prozent
CDU/CSU	43	45
SPD	35	30
FDP	4	9
Grüne	3	4
weiß nicht	13	13

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8401, 8804

Tabelle 12

Eigenschaften eines idealen Europapolitikers	
	Eigenschaft ist für den idealen Europapolitiker besonders wichtig in Prozent
Politischer Weitblick, die Fähigkeit, Dinge zu erkennen, die für das zukünftige Leben der Menschen in Europa entscheidend sind, und die entsprechenden Vorkehrungen dafür zu treffen	66
Sehr gute Kenntnisse der Problemstellungen in den anderen europäischen Ländern	63
Führungsstarke Persönlichkeit	60
Ausdauer und Geduld, um seine Vorstellungen durchzusetzen	59
Fähigkeit, die deutschen Interessen in der Europäischen Gemeinschaft durchzusetzen	58
Dafür sorgen, daß endlich auch Lösungen für die Probleme der Europäischen Gemeinschaft gefunden werden	58
Fähigkeit, geeignete gute Politiker als Mitarbeiter für die europäische Einigung zu gewinnen	56
Dafür sorgen, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht unangemessen viel Geld bezahlt	56
Hohes Ansehen in den anderen europäischen Ländern	55
Fähigkeit, die Menschen zu überzeugen, daß die Zukunft aller nur in einem starken und geeinten Europa liegt	53
Kompromißfähigkeit, zum rechten Zeitpunkt eigene Interessen zurückzustellen, wenn es um das Wohl des Ganzen geht	52
Hohes Ansehen im eigenen Land	51

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8804

4. Politiker, Parteien und die Europäische Gemeinschaft

Von den Parteien gilt die Union als die in europäischen Fragen kompetenteste. Sie wurde 1984 wie auch 1988 deutlich mehrheitlich als die Partei eingeschätzt, die sich am stärksten für die europäische Integration einsetzt. Das Engagement der SPD wird dagegen erheblich geringer eingestuft und ist gegenüber der vorherigen Wahl 1984 zurückgegangen. Das Europa-Engagement der FDP hat sich in den Augen der Bevölkerung auf niedrigerem Niveau verbessert, das der Grünen gilt seit jeher als gering (Tabelle 11).

Die Anforderungen der Bevölkerung an den idealen Europa-Politiker sind durch zwei verschiedenartige Imageprofile bestimmt: Der ideale Europa-Politiker soll einerseits politischen Weitblick und Ausdauer besitzen, verbunden mit der Fähigkeit, die vordringlichen politischen Probleme auf europäischer Ebene lösen zu können. Andererseits wird ebenso ausgeprägt von ihm erwartet, die Interessen der Bundesrepublik Deutschland in der EG zu wahren bzw. u. U. auch gegen (finanzielle) Belastungen und politische Forderungen der Gemeinschaft durchzusetzen (Tabelle 12).

Bei offener Fragestellung (ohne Antwortvorgabe) wird spontan Bundeskanzler Kohl als der kompetenteste Europapolitiker in der Bundesrepublik genannt, eine Einschätzung, die weit in die FDP- und auch noch in die SPD-Anhängerschaft hineinreicht. Bundeskanzler Kohl liegt damit knapp vor Außenminister Genscher, dessen Image ähnlich parteienübergreifend geprägt ist, und weit vor Willy Brandt, der noch vor Hans-Jochen Vogel, dem gegenwärtigen SPD-Vorsitzenden und Oppositionsführer, mit beträchtlichem Abstand an dritter Stelle genannt wird (Tabelle 13).

Tabelle 13

Spontan genannte Politiker, die sich heute besonders stark für das Vorankommen der Europäischen Gemeinschaft einsetzen				
	Insgesamt in Prozent	CDU/CSU-Anhänger in Prozent	SPD-Anhänger in Prozent	FDP-Anhänger in Prozent
Helmut Kohl	39	66	24	43
Hans-Dietrich Genscher	38	44	36	67
Willy Brandt	24	7	37	17

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8804